

Querdenker

Stromproduktion neu denken

Die Bundesregierung will das überregionale Stromnetz für sehr viel Geld ausbauen. 95 Milliarden Euro sind bis zum Jahr 2035 veranschlagt, davon allein 15 Milliarden Euro für die Gleichstromerkabel „Südlink“ und „Südostlink“.

Laut der Bundesnetzagentur entsteht der geplante Netzausbau „zum größten Teil durch innerdeutschen Transportbedarf“, der Übertragungsnetzbetreiber Tennet bezeichnet Südostlink als „Erdkabel für eine sichere Stromversorgung Bayerns“. Die Leitungen sind aber, anders als behauptet, ganz überwiegend nicht für die sichere Stromversorgung Deutschlands nötig, sondern für den Export von bundesweiten Stromüberschüssen.

Das zeigt das Beispiel Bayern. Bei einer bundesweiten Dunkelflaute, bei der kein Wind weht und auch keine Sonne scheint, nutzt ein Netzausbau nach dem Kohleausstieg nichts. Vielmehr ist zur gesicherten Stromversorgung Bayerns der Bau zusätzlicher Gaskraftwerke in Bayern erforderlich. Tritt die Dunkelflaute dagegen nur in Bayern auf, dann reichen nach unseren Berechnungen die bestehenden Leitungen fast immer aus, um die bayerischen Stromdefizite zu decken. Bei Leitungsstörungen können die bayerischen Gaskraftwerke einspringen.

Die im Netzentwicklungsplan vorgesehene Verdoppelung der Transportleistung von Norden nach Bayern ist also weit überdimensioniert. Es gibt kostengünstige Alternativen, zum Beispiel die produktionsnahe Nutzung von regionalen Stromüberschüssen für die Wärme- und Gaserzeugung. Jedes Kilowatt Stromüberschuss, das an der Küste etwa in erneuerbares Gas umgewandelt wird, verringert den Netzausbau nach Süden um ein Kilowatt.

Doch damit die Wasserstoffproduktion auch rentabel ist, muss sie von EEG-Abgaben und Stromsteuern freigestellt werden. Bei exportiertem Strom ist das bereits heute der Fall, hier werden in Deutschland weder EEG-Abgaben noch Stromsteuer fällig. Statt Stromspitzen zu exportieren, sollten sie – von EEG-Abgaben und Stromsteuer befreit – für die Produktion von Elektrolyseanlagen für Wasserstoff genutzt werden, ohne dass dem Fiskus dadurch Einnahmen entgehen. Dadurch ließe sich das Geld für kostspielige Leitungsprojekte sparen.

So soll der Südostlink von Magdeburg nach Landshut fünf Milliarden Euro kosten. Die Leitungen sollen zwei Millionen Kilowatt an Strom transportieren können. Die Investitionskosten für eine Elektrolyseanlage mit der gleichen Produktionsleistung werden vom Bundeswirtschaftsministerium für das Jahr 2030 auf weniger als zwei Milliarden Euro geschätzt.

Das heißt: Selbst wenn der Bund die vollen Investitionskosten für die Wasserstoffproduktion übernehme, würden die deutschen Stromverbraucher um mindestens drei Milliarden Euro entlastet. Zudem könnte so der Anfang Juni 2020 von der Bundesregierung beschlossene Bau von großen Elektrolyseanlagen ohne Einsatz von Steuergeldern realisiert werden. Damit würde Geld gespart und die Energiewende vorangebracht statt behindert.



Lorenz Jarass
ist Professor an der Hochschule Rhein-Main und arbeitet im Bereich erneuerbare Energien und Stromnetze für Regierungen, Netzbetreiber und Kommunen.

Bert Bostelmann für Handelsblatt